

Pöfener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Sonabend, 24. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)Annoncen-
Annahme-BureauIn Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. T. Danne & Co.,
Königsberg & Vogler,
Kudolphstraße.In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidentank“.Annoncen-
Annahme-Bureau
in Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Winkelstr. 16.)
bei G. T. Danne & Co.
Breitestraße 14,
in Griesen bei H. Spindler,
in Gräb bei T. Streiland,
in Breslau b. Emil Kabaß.

Nr. 139.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Zeile oder deren
Raum, Kellamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

M t t l i c h e s.

Berlin, 23. Februar. Dem Realchul-Oberlehrer Dr. August Schumann zu Münster ist das Prädikat „Professor“ beigelegt, beim Gymnasium in Döls die Beförderung des ordentl. Lehrers Julius Ernst zum Oberlehrer genehmigt worden.

Es sind verstorben: der Stadt- und Kreisger.-Rath Dr. Constein in Magdeburg und der Kreisger.-Rath Barbus in Wittstock als Stadtger.-Rath an das Stadtgericht in Berlin, der Kreisger.-Rath Entzonski in Bromberg, unter Uebertragung der Funk- tion des Abth.-Dirigenten an das Kreisger. in Schneidemühl und der Kreisrichter Schulz in Neustadt a. D. an das Kreisger. in Berlin.

Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. Niewandt bei dem Kreisger. in Neu-Muppin, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Neustadt a. D., der Ger.-Ass. Kindemann bei dem Kreisgericht in Galle a. S., mit der Funktion als Gerichts-Kommiss. in Allen, der Gerichts-Assessor Knöppler bei dem Kreisgericht in Stargard, mit der Funktion als Gerichts-Kommissar in Wismar, und der Kreisrichter a. D. v. Versen, unter Wiederan- nahme in den Justizdienst, bei dem Kreisgericht in Ragnit.

Dem Kreisger.-Rath Jüttner in Ples ist die nachgesuchte Dienst- entlassung mit Pension ertheilt. Dem Kreisrichter Wittschke in We- senitz und dem Amtsrichter Hansen in Schenfeld ist die nachge- suchte Dienstentlassung, behufs Uebertritts zur Steuerverwaltung, ertheilt. Der Ger.-Ass. Gensner ist zum Staatsanwalts-Gehülfen bei der Staatsanwaltschaft des Kreisger. in Marienburg ernannt.

Zu Notaren sind ernannt worden: Der Advokat Magerath in Witten für den Friedensger.-Bezirk Wabern, im Landger.-Bezirk Eri- ter, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wabern, der Notariats- Kandidat Nühl in Eberfeld, für den Friedensger.-Bezirk Warweiler, im Landger.-Bezirk Eri- ter, mit Anweisung seines Wohnsitzes in War- weiler, sowie der Notariats-Kandidat Franz Wilhelm Meyer, zur Zeit in Wabern, für den Friedensger.-Bezirk Sulzbach, im Landger.-Bezirk Saarbrücken, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Sulzbach.

Deutscher Reichstag.

2. Sitzung.

Berlin, 23. Februar. 2 Uhr. Am Tische des Bundesraths Hof- mann, Friedberg u. A.

Eingegangen sind die Gesetzentwürfe, betreffend die Landesge- setzgebung in Elsaß-Lothringen und betreffend die Un- terstützung von Seemannsfällen. — Vom Reichshaus- bauetat sind 13 Anlagen eingegangen, der Hauptetat und der Spezialetat des Reichsheeres wird unverzüglich nachfolgt.

Die Abtheilungen haben sich konstituiert: 1. Albrecht (Ostpreu- den), 2. Dr. v. Schwarze, v. Armin-Ingoldstadt, Dr. Wachs, 3. Dr. v. Bamberger, v. Kardorff, Eysoldt, Dr. Klug- mann, 4. Graf v. Moltke, Thielo, v. Bunsen, v. Cunn; 5. Dr. Löwe, Hoffmann, Dr. Blum, Dr. Franz; 6. v. Bernuth, Bodum-Dolfs, Grütting; 7. Haus, v. Schöning, Koch, Richter (Meissen).

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein: Wahl des Präsi- denten und der Schriftführer.

Bei der Wahl des ersten Präsidenten werden 296 Stimmzettel abgegeben. Davon sind 43 unbeschrieben. Von den 253 gültigen Stimmen sind 249 auf den Abg. v. Forckenbeck, je 1 auf die Abg. v. Frankenstein, v. Kleist-Regow, v. Bennigsen und Valentin (Meissen) gefallen.

Abg. v. Forckenbeck: Mit dem lebhaftesten Dankgefühl nehme ich die Wahl, welche mir das erste Amt dieses Hauses überträgt, hier- mit an. Ich verspreche nach wie vor alle meine Kräfte für eine ge- rechte, unparteiische und prompte Handhabung der Geschäfte aufzubie- len; ich verbinde aber mit diesem Versprechen die Bitte, mich in der Leitung meines schwierigen und verantwortlichen Amtes auf allen Seiten des Hauses wohlwollend zu unterstützen. (Beifall.) Zunächst erlaube ich gern die erste Pflicht meines Amtes, indem ich Sie auffor- dere, unserem hochverehrten Alterspräsidenten für seine Mühe und Anwesenheit, mit welcher er bisher die Geschäfte des Hauses geleitet hat, den Dank des Hauses auszusprechen und sich zum Zeichen des- selben von Ihren Plätzen zu erheben. (Die Mitglieder erheben sich.)

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten werden 297 Stimmen abgegeben, davon erhalten die Abgg. Freiherr Schenk von Stauffenberg 210, v. Frankenstein 84, v. Unruh (Magdeburg), v. Hohenlohe-Langenburg und Wulfsheim je 1 Stimme.

Abg. Schenk von Stauffenberg: Indem ich dem hohen Hause für die eben vollzogene Wahl herzlich danke, erkläre ich die An- nahme derselben.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten werden 277 Stimmen abgegeben. Davon sind 67 ungültig. Von den 210 gülti- gen Stimmen fallen auf die Abgg. Fürst Hohenlohe-Langenburg 176, Dr. Hänel 31, Hagenleber 1 Stimme.

Abg. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg: Je mehr ich mir be- wußt bin, daß meine eigene Kraft nicht ausreicht, um den schweren Aufgaben in vollem Maße nachzukommen, welche einem Vertreter des Volkes obliegen, umso mehr fühle ich die schwere Verantwortung, die ich übernehme, wenn ich dem ehrenvollen Rufe, der mir von den hervorragenden Männern der Nation soeben entgegengebracht wor- den ist, folge. Dennoch erachte ich es für meine Pflicht, diesem Rufe Folge zu leisten, weil ich glaube, daß jeder, dem ein derartiges Ver- trauen entgegengebracht wird, aus Rücksicht für das Vaterland es sich zu weihen soll. Ich bitte Sie, mir für diesen Fall, daß ich großen Nachsicht angedeihen zu lassen, um mich Ihrer gütigen Unter- stützung zu würdigen, da ich, wie Sie wissen, noch ein Neuling in einer solchen Stellung bin. Es wird mein ernstes Bestreben sein, das hiermit die Wahl mit tiefstem Danke an.

Auf Antrag des Abg. Windthorst (Meppen) werden darauf Eoblen, von Wahl, Weigel und Wölkel zu Schriftführern gewählt.

Da die Session die erste einer neuen Legislaturperiode ist, muß in 4 Wochen die Wahl des Präsidiums erneuert werden.

Zu Quästoren werden die Abgg. Kochmann und von Puttkammer (Frankfurt) ernannt.

Der Präsident schlägt dem Hause vor, in den nächsten Tagen fol- gende Kommissionen zu wählen: Die Geschäftsordnungs- und Wahl- kommission (je 14 Mitglieder), die Budgetkommission (21 Mit- glieder) und die Petitionskommission (28 Mitglieder).

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (Antrag und die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend Untersuchung von Seemannsfällen.)

Vom Landtage.

29. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 23. Februar. 10 Uhr. Am Ministertisch Leonhardt, Graf zu Eulenburg, Dr. Falk, die Geh. Räte Dehlschlager von Brauchitsch, Görpert u. A.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Verlesung der In- terpellation des Abg. Dr. von Komierowski: „Der Redak- teur des „Kurier Pommern“ Dr. Kantecki befindet sich seit dem 27. November 1876 in Haft beim königlichen Kreisgerichte zu Posen; die Inhaftierung erfolgte und dauert fort, weil Dr. Kantecki in Folge eines Requisition des kaiserlichen Oberpost-Direktors zu Bromberg zur zugehörigen Vernehmung darüber aufgefordert, von welcher Person ihm die Mittheilung über den Inhalt der vom Oberpostdi- rektor zu Bromberg in Nr. 213 des „Kurier Pommern“ vom 19. September 1876 erwähnten, die Verhaftungnahme von Briefen Sr. Eminenz des Kardinals Erzbischofs Grafen Ledochowski betreffenden Verfügung zugegangen ist, zwar bezeugt und beschworen hat, daß ihm diese Nachricht nicht von einem Postbeamten zugegangen ist, sonst aber sich geweigert hat, die betreffende Person zu bezeichnen. Der In- terpellant erlaubt sich die Staatsregierung um Auskunft zu ersuchen: 1) Ist der vorliegende Fall zur Kenntniß der Staatsregierung ge- langt? 2) Ist die Staatsregierung geneigt, geeignete Maßnahme zu Gunsten des inhaftirten Dr. Kantecki zu treffen?“

Nachdem der Justizminister sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit erklärt, begründet der Interpellant dieselbe in weiterer Ausführung der bekannten in der Interpellation mitgetheil- ten Thatsachen und mit Hinweis auf die Worte des Abg. Wehrenpennig bei der zweiten Lesung der Justizgesetze, sowie auf die Rede des Abg. Liehtnecht vom 16. Dezember 1876 im Reichstage, „worin dieser mittheilte, daß die betreffende Verfügung des Oberpostdirektors in Bromberg zuerst in dem Leipziger sozialistischen Blatt „Vorwärts“ veröffentlicht und der inhaftirte Redakteur Dr. Kantecki gar nicht im Stande sei, den Einfunder zu nennen, auch wenn man ihn sein Leben lang gefangen halte. Nach dieser Erklärung sei die weitere Gefan- genhaltung des Redakteurs eine Barbarei, die offenbar an die Tortur des Mittelalters erinnere.“

Justizminister Leonhardt: Nach Lage der Umstände wird die Erklärung der königlichen Regierung auf die Interpellation eine kurze und einfache sein. Die erste Frage der Interpellation muß be- jaht werden. Ich setze noch hinzu, daß die Beschwerden, welche der Inhaftirte erhoben hat, sorgfältig geprüft und beurtheilt worden sind und zwar von dem Kreisgericht in Posen und in weiterer Instanz von dem Appellationsgericht zu Posen; daß die zuständige Beschwerde be- reits an das Obergericht gekommen und dort erledigt ist, davon ist mir nichts bekannt. Was die zweite Frage der Interpellation be- trifft, so ist dieselbe abhängig von der Voraussetzung, daß eigene Mittel von Seiten der Regierung existiren, um dem Dr. Kantecki zu Hilfe zu kommen. Diese Voraussetzung ist aber eine ganz irrige. Es handelt sich um eine richterliche Aktion, nicht etwa um die Aktion einer Staatsanwaltschaft, und diese richterliche Aktion ist der Regierung gegenüber gedeckt durch den verfassungsmäßigen Grundsatz der Unabhängigkeit der Gerichte.

Auf den Antrag des Abg. Magdzinski tritt das Haus in eine Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Wehrenpennig: Ich nehme das Wort nur, um zu erklären, daß ich mit den Ausführungen des Interpellanten vollstän- dig übereinstimme. Ich halte auch den hier vorliegenden Fall wieder für eins der bedauerlichen Beispiele einer Praxis, welche eben den lebhaften Sturm gegen den sogenannten Zeugniszwang herbeigeführt haben. Ich habe von den Worten, welche der Interpellant aus einer früheren Äußerung von mir verlas, nichts zurücknehmen und nichts zu modifiziren; ich darf aber hier wohl bemerken, daß die Verhand- lung im Reichstage sich auf einen Kommissionsantrag bezog, dessen Annahme die hier vorliegende Sache nicht gedeckt haben würde. Denn bei dem Vorschlag unserer Reichsjustizkommission handelt es sich nur darum, ob das Präsidium von der Zeugnispflicht frei zu halten sei für den Fall, daß der Inhaftirte eines Artitels strafbar sei. Da- gegen war der andere Fall ausdrücklich ausgeschlossen, wenn es sich nicht um den Inhalt eines Artikels gehandelt hätte, sondern um den Akt der Veröffentlichung, also um den Bruch irgend eines Amtsgeheimnisses, der von der Behörde angenommen wird, und das ist hier der Fall. Ich darf also, da über diesen Punkt manche Unklarheit im Publikum herrscht, wohl hervorheben, daß, wenn auch in der neueren Strafprozessordnung jener Paragraph — ich glaube, es ist § 52 — der von der Kommission vorgeschlagen war, von Seiten der Bundesregierungen angenommen wäre, gleichwohl der hier vorliegende Fall dadurch nicht gedeckt wäre. Meine Herren! Der In- haftirte beschwört, daß er die fragliche Verfügung nicht von einem Postbeamten bekommen habe. Gleichwohl ist es die Oberpostdirektion, auf deren Antrag, um herauszubekommen, ob einer der ihr unterge- ordneten Beamten einen Bruch des Amtsgeheimnisses begangen habe, die Inhaftierung erfolgt ist. Sodann verliest der Redakteur eines anderen Blattes, des sozialdemokratischen „Vorwärts“, — ich weiß nicht, ob auch eidlid — daß er selbst die Verfügung zuerst veröffentlicht habe, und daß er selbst also die Quelle für die weitere Veröffentlichung dieser Verfügung sei. Nun antwortet das Kreisgericht, daß es seiner- seits nicht in der Lage sei, die Requisition der Oberpostbehörde zu prüfen. Das ist ja formell nach dem heutigen Stand der Dinge richtig, es ist ja dies eine der Verbesserungen, die wir erreicht haben durch die künftigen Reichsjustizgesetze, daß nicht mehr der Richter ohne Weiteres den Zeugniszwang auf Requisition der Staatsanwaltschaft oder der Verwaltungsbehörde auszuführen hat gegenüber jeder belie- bigen Person, sondern daß er nach der Lage der Sache den Fall selbst zu prüfen hat. Und dieser Punkt, sowie die Beschränkung des Zeit- raums, für welchen der zur Zeugnisabgabe aufgeforderte Inhaftirte werden kann, das sind ja die zwei Verbesserungen, die wir durch die Reichsjustizgesetze erreicht haben und die neben anderen Grüben Manche von uns bemängeln haben, gegen ihre Ueberzeugung über die spezielle Frage die Gesamtheit der Strafprozessordnung zu akzeptiren. Bei dieser Gelegenheit frage ich nur eins: Wenn das Kreisgericht jetzt noch nicht in der Lage ist, die Requisition der Oberpostbehörde zu prüfen, inwiefern ist dann die Oberpostbehörde in der Lage, nachdem sie erfahren hat, daß der Inhaftirte beschwört, ein Postbeamter sei nicht derjenige, von dem er die Sache habe, nachdem sie erfahren hat, daß ein anderes Blatt diese Verfügung früher publiziert hat, warum ist die Oberpostbehörde nicht in der Lage, ihre Requisition zurück- zuziehen. (Sehr wahr!) Welcher gesetzliche Grund zwingt denn diese Verwaltungsbehörde, bei solcher Lage der Dinge ein solches Verfah- ren ferner festzuhalten. (Sehr wahr!) Es wird zweitens geantwor- tet auf die Frage des Inhaftirten, wie lange denn seine Haft dauern solle: Das können wir nicht beantworten. Es wird dabei die Krimi- nalordnung zitiert, die die Haft nicht begrenzt. Formell mag dies ganz

richtig sein; durch die Justizgesetze wird ja dieser traurige Zustand wieder verbessert, daß künftig diese Haft bei geringeren Dingen auf sechs Wochen beschränkt wird. Um welches Vergehen handelt es sich hier denn eigentlich? Geseht, ist es ein Vergehen gewesen, welcher diese Ver- fügung an dieses Blatt gebracht hat, dann kann in Folge dessen eine Disziplinarruntersuchung entfallen, diese Disziplinarruntersuchung kann zur Entlassung des Beamten führen; das ist aber das Auserkerte, was, wenn wirklich eine Aussage erzwungen wird, eintreten kann, und um dies Resultat einer Disziplinarruntersuchung zu erreichen, soll ein Mann monatelang auf unbestimmte Zeit nach den Äußerungen der Behörden, formell berechtigt, möglicher Weise sein Leben lang ins Gefängnis gesetzt werden. Ich gebe dem Interpellanten Recht, wenn er sagt: das schmeckt nach der alten Tortur! Meine Herren! So lange eine solche Praxis — und ich behaupte, die Schuld dieser Praxis liegt hier an der Requisition der Verwaltungs-Behörden und daran daß man da, wo man die Macht dazu hat, nicht dahin wirkt, daß solche Requisitionen bei solchen Fällen zurückgenommen werden — so lange eine solche Praxis besteht, wird auch die Indignation der öf- fentlichen Meinung gegenüber einer solchen Praxis fortbauern, und man wird immer das Gefühl behalten, daß die Presse in Preußen viel- fach noch als Paria behandelt wird. (Sehr wahr! Beifall.)

Justizminister Leonhardt: Der Dr. Kantecki hat ausdrücklich erklärt, er wisse den Ort und er kenne die Person, von welcher diese Verfügung der Oberpostdirektion ausgegangen sei. Davon kann also nicht die Rede sein, daß der Artikel entnommen sei aus dem Journal „Vorwärts“. Im Uebrigen habe ich nicht den allermindesten Grund anzunehmen, daß der Dr. Kantecki sich beschwerdefähig an die kai- serliche Oberpostdirektion und für den Fall, daß die Beschwerde dort nicht angenommen wurde, an die obere Behörde, das ist der Reichs- kansler, gewandt hat. Das aber sind die Wege, die ihm offen stehen.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich werde gewiß niemals etwas vertheidigen oder befürworten, was auch nur im Geringsten wie eine Einwirkung auf die Unabhängigkeit der Gerichte ausfällt. Aber ge- genüber der eingerissenen Praxis hinsichtlich des Zeugniszwanges hätten in diesem speziellen Falle längst Äußerungen geüben können, die geeignet gewesen wären, eine andere Praxis anzubahnen. Die voll- ständige Passivität des Ministers gegenüber einem solchen Mißbrauch des Zeugniszwanges in diesem eklatanten Falle kann ich nicht deken mit der Berufung auf die Unabhängigkeit der Gerichte. Sodann hat Herr Wehrenpennig, mit dem ich mich zu meiner Freude in allen Punkten einverstanden erklären kann, auf den Punkt hingewiesen, von dem aus gar leicht die Sache hätte geändert werden können. Was war leichter, als der Verwaltungsbehörde zu sagen, die Sache geht zu weit; mit der Maßregelung muß eingegriffen werden. Ich denke, der Justizminister wird sich aus der heutigen Debatte überzeugen, daß das Verfahren materiell tief als ein Unrecht empfunden wird und es wird dann der Generalpostdirektion sagen, daß sie die Requi- sition zurücknimmt. Wenn der Justizminister das heute dem General- postmeister schreibt, so wird morgen der Mann frei sein.

Justizminister Leonhardt: Ich möchte dem Vorredner erwi- dern, daß ich meinerseits es nicht mit der Unabhängigkeit der Gerichte vereinbaren kann, wenn ich dem Gerichte erkläre, daß ein Urtheil, welches der endgültigen Rechtsprechung durch das Obergericht zu unterliegen hat, von mir als richtig nicht anerkannt wird. Sodann muß ich erklären, daß ich der kaiserlichen Oberpostdirektion zu Brom- berg irgend welche Weisungen nicht ertheilen kann.

Abg. Lasker: Es ist vollkommen richtig, daß der preussische Justizminister nicht in der Lage ist, mit der Postverwaltung in Ver- bindung zu treten. Ich kann die Herren Interpellanten daher nur dringend bitten, daß sie dieselbe Interpellation im Reichstag stellen mögen (Sehr richtig!), und ich enthalte mich absichtlich heute jeder Diskussion über diesen Fall, damit ich in vollster Unbefangenheit im Reichstage an den Verhandlungen darüber theilnehmen kann.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Ich gestehe zu, daß gegenüber den gegenwärtigen ganz untragbaren Rechtszuständen in Bezug auf den Zeugniszwang wesentliche Verbesserungen von den neuen Justiz- gesetzen zu erwarten stehen, wenigleich ich mein lebhaftes Bedauern aussprechen muß, daß man nicht durch Annahme der Beschlüsse zweiter Lesung uns gänzlich von dieser Maßregel befreit hat. Um so mehr aber erwünscht für den preussischen Justizminister die Pflicht, bis zum Inkrafttreten der neuen Justizgesetze dafür zu sorgen, daß die preussische mit der künftigen Reichsjustizgebung in Uebereinstimmung gebracht werde. Möge uns der Justizminister noch in der letzten Stunde ein Gesetz vorlegen, welches den jetzt herrschenden barbari- schen Zuständen auf diesem Gebiet ein Ende macht, wir werden ge- wiss mit Freuden darauf eingehen.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes-Entwurfs, betreffend die Theilung der Provinz Preußen. In der General- debatte erhält das Wort:

Abg. Dirichlet: Der Minister hat neulich gesagt, daß das Abgeordnetenhaus in Bezug auf die vorliegende Frage gleichsam eine Jury bilde. Ich hätte gewünscht, daß man diese Ansicht auch bei der Aufstellung des Entwurfs im Auge behalten und wenigstens eine gründliche Voruntersuchung angestellt hätte, denn ohne eine solche ist mir ein Geschworenengericht, bei dem es sich um Leben oder Tod, wie in unserer Provinz handelt, ein vollständiges Nothum. Ich will nicht von den Motiven beleidigend sprechen, weil es eben Auslassungen der Regierung sind, aber gelinde gesagt, haben dieselben nicht die Obje-ktivität bewahrt, welche sich für solche Begründungen Seitens der Re- gierung ziemte. Man hat uns neulich Gereiztheit vorgeworfen und dieselbe als Ausdruck einer Feindseligkeit den Westpreußen gegenüber ausgelegt, aber es war lediglich der Unwille darüber, daß die Rege- rung sich die extremsten agitatorischen Mittel einer Partei zu eigen gemacht hat. Ich glaube, wenn man gründliche Nachrichten und In- formation von maßgebenden Seiten, besonders dem Präsidium des Provinziallandtages eingezogen hätte, so wäre diese Unerquicklichkeit vermieden worden.

Für die Spezialdiskussion liegen von den Abgg. Miquel und Seydel mehrere Amendements vor, die zum großen Theil nur den Zweck haben, dem Gesetze eine bestimmte Fassung zu geben und die bei der zweiten Beratung gerügten Uebelstände bezüglich des Fehlens von Bestimmungen für den Zusammentritt, Geschäftsführung und Beschlussfassung der beiden Hälfen des Provinziallandtages von Preußen zu beseitigen.

Zu § 1, welcher die Theilung der Provinzen Ostpreußen (Regierungs-Bezirke Königsberg und Gumbinnen) und Westpreußen (Danzig und Marienwerder) auspricht, nimmt das Wort:

Abg. Seydel: Ich kann mich in Bezug auf die letzte Äußerung mit dem letzten Redner nicht einverstanden erklären; ich glaube nämlich nicht, daß bei einer sorgfältigen objektiven Prüfung der Sachlage Seitens der Regierung die Unerquicklichkeit der Motive vermieden, sondern daß die Vorlage überhaupt nicht gemacht worden wäre. (Sehr richtig! links.) Die Haltung des Ministers bei der

ersten Lesung war mir äußerst sympathisch, denn er sagte: Nehmen Sie die Motive, so gut — richtiger: so schlecht — wie sie sind, und prüfen Sie selbst. Bei der zweiten Lesung dagegen ist der Minister aus seiner vorerfsten Haltung herausgetreten, er hat aber immerhin nicht viel Werth auf die Annahme der Vorlage gelegt. Was ich aber dem Minister besonders zum Vorwurf mache, ist, daß er durch seine Haltung die Agitation zu Gunsten der Trennung unterstützt oder vielmehr erst hervorgerufen hat, und daß er die Provinziallandtags-Verhandlungen ohne Kommentar, oder doch nur mit einem parteiischen Kommentar benutzt hat. Die Verteidiger der Vorlage stimmen alle darin überein, daß sie ihre Gründe aus den Motiven gewiß nicht geholt haben. Die Abgg. Miquel und Bethusy-Duc führen aus, daß die Provinzialordnung in gewissen Punkten fehlerhaft sei, und daß die Provinz Preußen die Folgen dieser Fehler zu tragen habe. Da dankte ich doch für dies Experiment und bitte die Herren, daselbst lieber an ihren Heimathprovinzen Hannover und Schlesien zu versuchen. (Seitertzeit.) Privatim hat man noch den Grund ausgesprochen, daß die Fortschrittspartei durch die Ostpreußen im Provinziallandtag vertreten sei. Sie ist aber ausschließlich durchaus nicht in der Majorität, und ich betrachte es auch als Glück, daß keine der drei vertretenen Parteien in der Majorität ist, denn dadurch werden alle Interessen gleichmäßig berücksichtigt, und es wird in die kommunalen Angelegenheiten nicht Politik gemischt. Wenn aber die Theilung eintritt, so wird im ostpreussischen Landtag die Fortschrittspartei eine erhebliche Majorität haben, im westpreussischen Landtag dagegen wird sich die nationalliberale und konservative Partei gegenüberstellen. Daß die Provinz wegen der Größe und wegen des Zwiespalts der Ost- und Westpreußen nicht gut verwaltet werden könne, wird durch die Thatsache widerlegt, denn Preußen ist in seiner Organisation ebenso weit oder noch weiter vorgeschritten, wie manche andere Provinz. Schließlich könnte für das Haus noch ein Bequemlichkeitsgrund vorliegen, der Wunsch nämlich, endlich mit der Angelegenheit Ruhe zu haben. Nun sagte aber der Minister ganz korrekt: entscheiden Sie nach der einen oder nach der anderen Seite, so werden Sie Ruhe haben. Ich bitte Sie, nach der anderen Seite zu entscheiden. (Beifall.)

Abg. v. Rauchhaupt: Es ist in der Geschäftsordnungs-Kommission eine Petition eingelaufen vom Kreise Osterode, welcher von Ostpreußen getrennt zu werden verlangt. (Hört! Hört! links.) Die Kommission glaubte aber bei der Lage der Angelegenheit nicht auf dies Gesuch eingehen zu sollen. Was die Sache selbst betrifft, so stimmt meine Partei für die Theilung, weil sie sich nach Lage der Verhältnisse für notwendig hält.

§ 1 wird angenommen.

Die Debatte der §§ 2, 4 und 5 wird vereinigt.

§ 2 lautet: Die Einrichtung der erforderlichen neuen Behörden für die Staatsverwaltung in den neu gebildeten Provinzen erfolgt nach näherer Vorschrift der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen und der Verfügungen im Staatshaushaltsetat.

Dazu beantragen die Abgg. Miquel und Seydel folgenden Zusatz: Bis zur erfolgten Einrichtung bleiben die gegenwärtigen staatlichen Organe der Provinz Preußen für beide neuen Provinzen in Wirksamkeit.

An Stelle des § 4 beantragen dieselben Abgeordneten folgende zwei Paragraphen zu setzen: § 4. Die Theilung der Provinz Preußen tritt mit dem 1. April 1878 in Vollzug. Von diesem Zeitpunkte ab gehen die Rechte und Pflichten des bisherigen Provinzialverbandes von Preußen auf die neuen Provinzialverbände von Ost- und Westpreußen über, und zwar nach näherer Bestimmung eines Uebereinkommens, welches unbeschadet aller Privatrechte Dritter, unter Genehmigung des Staatsministeriums, zwischen den Vertretern Ostpreußens einerseits und den Vertretern Westpreußens andererseits zu treffen ist. Zu diesem Behufe treten dieselben in gesonderten Versammlungen zusammen, auf welche die §§ 26 bis 33 der Provinzialordnung sinngemäße Anwendung finden. Wenn ein solches Uebereinkommen bis zum 15. Oktober 1877 nicht zu Stande kommt, erfolgt die betreffende Regelung durch Gesetz. Streitigkeiten, welche bei Ausführung des Uebereinkommens entstehen, unterliegen der Entscheidung des Obergerichts.

§ 4a. Die Vertheilung der auf die Ausführung oder Unterstützung von Chausseebauten bezüglichen Verpflichtungen des Staates, in welche der Provinzialverband von Preußen nach § 4, Absatz 2 des Gesetzes vom 8. Juli 1875 eingetreten ist, hat nach dem im § 2 des gedachten Gesetzes bezeichneten Maßstabe zu erfolgen.

Ferner beantragen dieselben Abgeordneten folgende Fassung des § 5: Bis zu der in Gemäßheit der §§ 4 und 4a dieses Gesetzes bewirkten Auseinanderlegung und bis zur Einrichtung der entsprechenden Organe für die kommunale Verwaltung der neuen Provinzen Ost- und Westpreußen bleiben die bisherigen kommunalen Organe der Provinz Preußen für die beiden neuen Provinzen in Wirksamkeit.

Abg. Dr. Miquel: Unser Amendement bezieht sich auf die Bedenken, welche der Abg. Klotz in zweiter Lesung gegen die Fassung der Regierungsvorlage hatte. Wenn eine Einigung bis zum 15. Oktober 1877 zwischen den Parteien nicht zu Stande kommt, so tritt mit dem 1. April 1878 das Gesetz ein, welches die Grundsätze des Uebereinkommens regelt, und mir ist es dann ganz zweifellos, daß dann auf diesem Boden eine Uebereinkunft über die Ausführung jener Grundsätze zu Stande kommen wird. Sollte dies aber wider Erwarten nicht eintreten, so ist auch für diesen extremsten Fall Vorkehrung getroffen, es tritt dann das Obergericht ein und befreit damit alle Schwierigkeiten. Ich glaube, daß sich mit dieser Anordnung alle Parteien befriedigt erklären können.

Reg.-Kommissar Geh. Rath v. Brauchitsch erklärt sich Namens der Regierung mit den Anträgen einverstanden.

Abg. Klotz: Ich kann zugeben, daß viele Bedenken durch das Amendement beseitigt worden sind, aber eins bleibt doch noch bestehen. Wenn eine Uebereinkunft von den Parteien in den wesentlichen Punkten erzielt worden ist, und nur einige unwesentliche Punkte übrig sind, die meistens Gegenstände vermögensrechtlicher Natur enthalten, so soll nach dem Antrage Miquel das Gesetz die Entscheidung treffen. Das widerspricht allem Recht, denn das Abgeordnetenhaus ist nicht das Forum, um die Streitigkeiten über privatrechtliche Vermögensangelegenheiten zu entscheiden; das muß durch die ordentlichen Gerichte geschehen. In der Kreisordnung ist in dieser Beziehung die Bestimmung getroffen, daß bei Vermögensstreitigkeiten sofort das Verwaltungsgericht entscheidet. Diese Bestimmung würde alle Schwierigkeiten beseitigen, und ich möchte deshalb beantragen, zur Verbesserung des Gesetzes in Bezug auf diesen Punkt die Vorlage noch jetzt an die Gemeindefunktion zu verweisen.

Abg. Miquel: Der Vorredner hat unser Amendement nicht richtig aufgefaßt, wenn er meint, man könne doch durch Gesetz nicht diese privatrechtlichen Streitigkeiten entscheiden. Das Gesetz soll sich, im Falle eine Einigung nicht erfolgt, darauf beschränken, die allgemeinen Grundsätze, welche bei der Theilung angewendet werden sollen, festzusetzen. Entstehen dann über diese Grundsätze Streitigkeiten, so entscheidet das Obergerichtsgericht. Wenn das Obergerichtsgericht jedoch ohne ein Gesetz entscheiden soll, so ist das für beide Theile risikant, denn es wüßte gar nicht, wie und nach welchen Prinzipien es entscheiden soll, da gesetzliche Anhaltspunkte dafür nicht vorliegen, also ganz nach Willkür verfahren werden müßte.

Abg. v. Sauten-Tarputzen bittet die Antragsteller, zu erklären, daß das zukünftige Gesetz nicht im Widerspruch mit dem im § 4 ausgesprochenen Grundsätze andere Grundsätze aufstellen könne; es befänden darüber bei Vielen Zweifel.

Abg. Dr. Lasker: Wenn das zukünftige Gesetz nicht einen Gewaltakt begehen will, so kann es nur lediglich die hier im Gesetz ausgesprochenen Grundsätze beibehalten und dieselben höchstens ergänzen.

Abg. Klotz (Berlin): Nach diesen Erklärungen fallen meine Bedenken fort und ich ziehe deshalb den Antrag, den Paragraphen an die Gemeindefunktion zu verweisen, zurück.

Darauf werden die Paragraphen 2-5 mit den dazu gestellten Miquel-Seydel'schen Anträgen angenommen und schließlich das Gesetz im Ganzen gegen die Stimmen der Fortschrittspartei und des Zentrums.

Demnachst setzt das Haus die zweite Berathung des Etats und zwar des Kultusetats fort.

Zu Kap. 123 Tit. 6 (Zusatz zur Universität Göttingen 268,170 Mk.) weist Abg. Köhler (Göttingen) auf die Verhältnisse der Klinik an der Universität Göttingen hin. Der bisherige Leiter der Stadtklinik Professor Hasse hat im Einverständnis mit der Fakultät die Regierung um Anstellung eines Extraordinarius, der unter seiner Leitung die Stadtklinik besorgen solle, da ihm die Beforgung der gesamten ambulanten Klinik — Stadt- und Landbesitz — zu viel Last aufbürde. Die Regierung besetzt den ordentlichen Professor Epstein aus Breslau. Derselbe hat die gesamte ambulante Klinik unter Zustimmung der Regierung für sich in Anspruch genommen und dadurch den von der Universität wie der Stadt Göttingen tief bedauerten Abgang des bewährten Lehrers Prof. Hasse veranlaßt. Jedenfalls sei die Regierung nicht befugt gewesen, gegen das gute Recht des älteren Lehrers dem neu berufenen die ganze Politik zu versprechen. Er hoffe, daß die Regierung hier Remedur schaffen und den Prof. Hasse auf seinem Lehrstuhl erhalten werde.

Geh. Rath Dr. Göppert beklagt die peinliche Verwickelung, welche die medizinische Klinik in Göttingen verursacht habe. Eine der ersten Desiderien von Göttingen war die Berufung eines Professors für die Politik, welcher unter Umständen den Leiter der stationären Klinik vertreten könne. Demgemäß wurde Prof. Epstein zum Leiter der Politik berufen. Politik sei hier nicht wörtlich „Stadtklinik“ zu übersetzen, sondern als ambulante Klinik im Gegensatz zu stationärer Klinik zu verstehen. Demgemäß beantragte Prof. Epstein, in seine Funktionen eingesetzt zu werden, während Prof. Hasse ihm nur die ambulante Klinik der Stadtkranken zugestand. Der Minister habe zwar dem Gesuche des Prof. Epstein statt gegeben, jedoch dafür gefordert, daß durch die Vereinigung des politischen Materials in einer Hand nicht der stationären Klinik das Material entzogen werde. Prof. Hasse suchte darauf seine Entlassung nach. Man habe versucht, ihn zur Rücknahme des Gesuches zu bewegen; Redner selbst habe mit dem Prof. Hasse als Kommissar des Ministers in Göttingen verhandelt und ihm alle möglichen Konzessionen gemacht. Noch sei jedoch das Entlassungsgesuch nicht zurückgenommen worden. Es sei hier keineswegs von einem überlieferten Versprechen der Regierung zu Gunsten des Prof. Epstein die Rede, da das Wort Politik in der offiziellen Sprache der Universität Göttingen stets den ihm von der Regierung beigelegten Sinn gehabt habe. Der Redner schließt mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß diese Sache hier zur Erörterung gekommen sei.

Abg. Birchow vermißt Seitens des Vorredners die Erörterung des für das Haus interessanten Punktes: weshalb man der Universität anstatt eines beehrten kleinen Extraordinarius ein Ordinarius erstorbt habe. Hätte der Minister, dem Wunsch des Hauses gemäß, vorher über diese Angelegenheit die Fakultät gehört, so wäre es sicherlich zu den gegenwärtigen Verwickelungen nicht gekommen. Es werde immer bitter empfunden, wenn so rücksichtslos in das Rechtsgebiet einer wohlverdienten Person eingegriffen werde, wie dies hier geschehen sei. Man hätte vielleicht den älteren Professor auf einmal ganz durch den neuen ersetzen können; aber Stückweise dürfe man eine solche Operation nicht vollziehen. Er hoffe, daß dieser Fall geregelt werde, daß aber der Minister eine Lehre daraus ziehen möge, künftig in Versprechungen mehr Vorsicht anzuwenden und vorher immer die Fakultäten zu befragen. In diesem Sinne bedauere er nicht, daß die Sache hier zur Sprache gekommen sei.

Abg. Launstein kann es ebenfalls durchaus nicht bedauern, daß dieser Fall hier zur Sprache gekommen ist; denn die Behandlung des Professors Hasse in Göttingen, der als eine europäische Berühmtheit zu bezeichnen sei, habe in der ganzen Provinz einen unangenehmen Eindruck gemacht. Wenn ein Mißverständnis vorliege, so sei der Regierung allein die Schuld beizumessen; dem Regierungskommissarius sei es nicht gelungen, diese Mißverständnisse gegen den Prof. Hasse zu verteidigen. Dem Prof. Epstein sei nur die Politik beigelegt; es sei nicht richtig, daß die Trennung der drei Kliniken (Politik, Land- und stationäre Klinik) abusiv geworden; die Trennung würde noch in diesem Augenblicke aufrecht erhalten.

Der Titel wird genehmigt.

Um 1 Uhr verlegt sich das Haus bis Abends 7½ Uhr. (Fortsetzung der Berathung des Etats des Kultusministeriums.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, den 23. Februar.

— Sr. Majestät Schiff „Gazelle“ hat, telegraphischer Nachricht zufolge, am 22. d. M. Malta behufs Kohlen angelassen.

— In der Sitzung des Bundesraths vom 21. Februar brachte Preußen den Antrag ein, die Differenz zwischen der preussischen und sächsischen Regierung bezüglich der Berlin-Dresdener Eisenbahn auf Grund von Art. 76 der Verfassung zu erledigen. Demnachst erfolgten Vorlagen, betreffend: den Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Etatsjahr 1877/78; die Aenderung der Instruktion für den Rechnungshof aus Anlaß der Verlegung des Etatsjahres; den Zusatz des Reichs zu den Kosten der elsass-lothringischen Grenzpolizei-Verwaltung. Sodann wurden die Etats des Reichskanzleramts, der Verwaltung der Eisenbahnen, des Auswärtigen Amts, der Reichs-Justizverwaltung und des Reichs-Eisenbahnamts festgestellt.

— Bekanntlich hat der Landwirtschaftsminister Dr. Friedenthal i. Z. die Veröffentlichung einer Denkschrift über die Projekte zur Regulirung der unteren Weichsel und Nogat zugesagt, um allen Beteiligten Gelegenheit zu geben, sich über dieselben eingehend zu informieren. Wie die „D. Z.“ erfährt, wird diese Denkschrift nunmehr vorbereitet und es ist in nicht zu ferner Zeit ihre Veröffentlichung zu erwarten. Es soll dann den Interessenten in den Niederungen Gelegenheit gegeben werden, sich über dieselben zu äußern.

— Die preussische Regierung ertheilt in der Regel die Koncession einer stehenden Eisenbahnbrücke über die größeren Flüsse nur dann, wenn sich die betreffende Eisenbahn-Gesellschaft zu Gegenleistungen in Geld oder Natur verpflichtet, die zur Verrückung dieses Fluß-Überganges dienen, beziehungsweise dazu verwendet werden können. Mit Bezug hierauf schreibt die „Voss. St.“:

Schon vor dem Kriege 1870/71 begann die Bergisch-Märkische Bahn den Bau einer festen Brücke bei Hamm, oberhalb Düsseldorf und verpflichtete sich zur Herstellung eines Brückenkopfes mit drei Panzer-Drehbäumen. Der Brückenkopf ist nunmehr vollendet und die Thürme im Unterbau fertig. Bald nach obigem Feldzuge begann die Rheinische Eisenbahn den Bau einer Brücke bei Rheinhausen (Duisburg) und verpflichtete sich 2 Panzer-Monitors, welche zur Verrückung des Stromüberganges dienen sollten, herzustellen. Inzwischen genügte die Monitors wohl der Theorie nach den an sie gestellten Forderungen, allein in der Praxis zeigte sich bei den Probefahrten, daß dergleichen Kriegsfahrzeuge für die Verrückung des Rheines nur eine sehr untergeordnete Bedeutung besäßen. Es stellte sich daher erst bei den Fahrten heraus, daß die hohen Deiche, welche den unteren Theil des Rheines fast überall einschließen, ein Auftreten der Monitors mit Aussicht auf Erfolg kaum gestatten, da feindliche Truppen durch die Deiche gedeckt, jede Annäherung derselben zur Unmöglichkeit machen könnten. Die beiden Schiffe liegen im Hafen zu Koblenz und haben außer der Probefahrt noch keine Indienststellung erfahren. Die 3. nach dem Kriege 1870/71 gebaute Brücke ist die der Venlo-Hamburgerbahn bei Wesel. Die Gesellschaft zahlt an das Kriegsministerium 300,000 Thlr. zum Bau eines Forts, welches auf Schußweite von dem auf dem lin-

ken Rheinufer erbauten, zu den Befestigungen Wesels gehörigen Fort „Blücher“ zu liegen kommt und den Uebergang decken soll. Außerdem mußte die Bahn die Aufsteigung und Herunterführung zum Niveau des Ufers im Bogen führen, um eine Unterbrechung durch die Geschütze der Forts von Wesel zu ermöglichen.

— In dem Redaktionsbriefkasten der „Germania“ wurde vor wenigen Tagen der gut katholischen Leo Woerl'schen Buchhandlung in Würzburg in ägrittem Tone mitgeteilt, daß man sich nicht veranlaßt fühle, für ihr Geschäft Reklame zu machen und daher auch ein von ihr verlegtes Werk nicht besprochen werde, das bewußte Buch dürfte die Schrift „Die katholische Presse in Europa zu Neujahr 1877“ sein, über welche wir unlängst eingehend berichtet haben. Diese Schrift unterzieht die Haltung und Sprache der „Germania“ einer unbefangenen Kritik und scheut sich nicht, dem ultramontanen Monteur vom streng katholischen Standpunkte aus die Wahrheit zu sagen. Der „Germania“ wird u. A. der Rath ertheilt, da der Kulturkampf nicht ewig dauere, auch für die Zeit des Friedens vorbereitet zu sein, um nicht das katholische politische Journal in der „Kirchenzeitung“ untergeben zu lassen. In der Wahl ihrer Korrespondenten müsse die „Germania“ vorsichtiger verfahren und vor allem Verbindungen mit diplomatischen Kreisen pflegen. Besonders wäre solche in Wien wünschenswert; entfernte (!) Beziehungen zur französischen Diplomatie vermögen diesen Mangel nicht zu ersetzen. Auch seien Manche mit der Behandlung der politischen Fragen (der Karlistenkrieg und die Judenfrage) nicht immer einverstanden.

Kiel, 19. Februar. Nachdem die aus dem Mittelmeer zurückgekehrte Panzerfregatte „Kronprinz“ nunmehr in Wilhelmshaven angeliefert ist, sind ihre Besatzungsmannschaften wieder an ihre bezüglichen Stationen überwiesen worden. Vorgefunden Abends trafen mit einem Extrazug die an Bord kommandirt gemessenen Mannschaften des Seebataillons hier selbst ein und wurden unter den Klängen der Bataillonskapelle, von der Bevölkerung warm empfangen, nach ihrer Kaserne geleitet. Die ursprüngliche Absicht der Admiralität, die Fregatte im Frühjahr nach stattgehabter Dockung in Wilhelmshaven wieder in die türkischen Gewässer zu entsenden, ist höheren Orts aufgegeben worden, da in Folge des neumontierten Dienstes der auf der Rückreise in der Nordsee während des heftigen Sturmes erlittenen Beschädigung das Schiff einer eingehenden Reparatur unterworfen werden muß. Dem Vernehmen nach wird nunmehr auch die Panzerfregatte „Friedrich Karl“ die Rückkehr in die Heimath antreten, um nach erfolgter Dockung dem diesjährigen Übungsabenteuer zugetheilt zu werden. An der hiesigen Marinechule wurde heute der Offizier-Coetus der Seeladetten eröffnet; zum Besuche desselben sind 19 Kadetten kommandirt worden.

Paris, 21. Februar. Ein Artikel des „Journal des Debats“, welcher Tiffot's Pamphlete einer vernichtenden Kritik unterzieht und Deutschland beinahe wegen dieser Angriffe um Verzeihung bittet, erregt in Paris großes Aufsehen. Der Verfasser ist ein Offizier Namens Jacquot, welcher selbst zum Zweck militärischer Studien in den letzten Jahren in Deutschland weilte und der französischen Botschaft in Berlin nahe stand. Sein Urtheil geht dahin, eine ernsthafte Studie habe man von Tiffot nicht erwartet, aber hätte man wenigstens eine gute Karrikatur erwarten dürfen, und das Buch sei nicht einmal eine solche, sondern nur Futter für Eitelkeit und Unwissenheit. In dem Artikel heißt es:

Der Hauptkustgriff Tiffot's besteht darin, daß er bei jeder Gelegenheit fremde Personen redend einführt, die so gefällig sind, daß ihm begehende Antworten ertheilen zu lassen. So gelangt es ihm, Traden, welche sonst zu lang wären, in verschiedene Stücke zu zerlegen. Leider bewirkt er damit aber nur eine Erleichterung für das Auge des Lesers. Der Geist hat unter der anscheinenden Abwechslung dieses Personals, welches die Bühne füllt, sehr bald die einmüthige Person des Schauspielers, nämlich den Impresario selbst, herausgerannt. Diese angeblichen Typen von deutschen Bürgern, Militärs, Bauern sind vor allen Dingen so undeutlich, wie nur möglich; der richtige Deutsche wird, ohne gerade von Natur mißtrauisch zu sein, immer mehr Fragen stellen, von denen eine indistinkte ist als die andere, er sucht eine Person, mit der er zum ersten Male zusammenkommen, auch nur etwas Unbedeutendes anvertraut. Das ist ein Zeichen des Nationalcharakters, welchen Tiffot, wenn er sich die nötigen genommen, hätte beobachten und gebührend berücksichtigen können. Seine vorgeblichen Typen machen auf uns den Eindruck von Marionetten, die sämtlich aus demselben Holze und nach demselben Muster geschnitten sind und nur durch die auf ihren Hüften geklebte Eitelkeit zu unterscheiden. Und diese Marionetten geben mit ihren Ideen und Leidenschaften immer nur die Leidenschaften des Verfassers wieder, welche allzu oft direkt aus den Zeitungen und Flugchriften der deutschen Pietisten und Ultramontanen abstammen. So geht Tiffot schrittweise darauf aus, Preußen auf Grund von Zeugnissen lächerlich zu machen, die darum nicht besser sind, weil sie von unpatriotischen Preußen herrühren und dann allzu nahe liegendes Corrolat zu der Idee der unendlichen Ueberlegenheit des Franzosen über den Preußen machen. Die Absicht mag patriotisch sein, aber wir haben nicht die Absicht, sondern die erzielte Wirkung zu unteruchen. In der Meinung einer ersten Studie, für welche Tiffot nicht vorbereitet gewesen, durften wir von ihm über Preußen wenigstens eine Karrikatur erwarten, d. i. ein Werk ehrlicher Satyre, in welchem die Uebertreibung äußerer Zuge nicht die Harmonie der inneren Kräfte maskirt hätte, die dieses junge deutsche Reich für uns eben so interessant als gefährlich machen. Wenn man von Deutschland zu Franzosen spricht, hätte unser Bedauern des Patriotismus gebieten müssen, statt die Unwissenheit und vielleicht auch die Eitelkeit zu bekämpfen, sich nachzurufen und jene zu nähren. Man hat seiner Zeit gesagt, Tiffot kein Franzose sei, und sein Buch ist allerdings nicht geeignet, diese Angabe zu widerlegen. Es gehörte etwas von der Kaltherzigkeit eines Neutralen dazu, sich nach dem Kriege ruhig in den Kriegstreiber zweier großer Länder mit Schergen einzumischen, die geeignet sind, den Born neu zu beleben, als eine Beschwichtigung herbeizuführen. Von allen Franzosen, welche Deutschland wirklich liebhaben, haben Tiffot hat sich dort im Ganzen nur einen Monat erhalten, und wir noch keinem begegnet, der nicht, nachdem er einmal gelacht, diese peinlichen Betrachtungen angestellt hätte. Vier Jahren von 1872-1876, die wir selbst in Preußen verbracht haben, hat es uns aber nicht an Gelegenheit gefehlt, das wohlverwogene Urtheil derjenigen unserer Landsleute kennen zu lernen, die durch ihre Schätze unter den Deutschen zurückgehalten sind. Der nach Berlin, nach Königsberg verirrte Franzose sieht von dort aus das Panorama unserer schönen Frankreichs in der optischen Vergrößerung der Blätter, im hellen Lichte sich entrollen; er kann jeden Abend den preussischen Bourgeois beim Glase Bier mit ziemlich unparteiischer Neugier, wenn nicht ohne einen alten Bodenatz patriotischer Feindseligkeit, die geringsten Zwischenfälle unserer Politik erläutern hören, und wenn er dann nach vierundzwanzigstündiger Eisenbahnfahrt in Paris absteigt, findet er? Die aufklärtesten seiner Landsleute fragen überall nach Besorgniß, ob die schwarze Wolke am östlichen Horizont nicht plötzlich von den Wägen der Krupp'schen Kanone erhebt werden wird. Aber man erkundigt sich bei ihm sehr ernsthaft, ob die Furcht vor dem Sozialismus, die Noth und der Durst nach Milliarden uns nicht Deutschland bald noch einmal auf den Hals jagen werden. Wir urtheilen über das Buch Tiffot's so streng, weil es zu denen gehört, welche bei uns in der öffentlichen Meinung jene Mischung von Unwissenheit, unfruchtbarer Gereiztheit und blinder Angst unterhalten, die mit der Würde, wie mit dem Patriotismus eines großen Volks gleich unverträglich sind.

Schade nur, daß die „Debats“ zwei Jahre und vierzig Auflagen abgewartet haben, ehe sie mit diesen Wahrheiten herausrückten!

Tokales und Provinzielles.

Bojanowo, 21. Febr. [Vorschuss-Verein.] Die statutenmäßige Generalversammlung des hiesigen Vorschuss-Vereins (eingetr. Gen.) fand am 18. d. Mts. unter reger Theilnahme der Vereinsmitglieder im hiesigen Rathhause statt. Aus dem in dieser Versammlung von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrathes erstatteten Verwaltungs- und Rechenschaftsbericht ist hervorzuheben, daß der Verein sein 15. Geschäftsjahr ungeachtet der für den Geschäftsverkehr im Allgemeinen so ungünstigen Verhältnisse in zufriedenstellender Weise, ohne irgendwelchen Verlust erlitten zu haben, zurückgelegt hat. Nur in zwei Fällen mußten Bürgschaften in Anspruch genommen werden. Der Verein zählte am Schlusse des Geschäftsjahres 481 Mitglieder, deren Guthaben 61,351 M. 95 Pf. betrug; der Zinsfuß hat im Laufe des Jahres die Höhe von 6 Prozent nicht überschritten. Die ausstehenden Forderungen beliefen sich auf 297,256 M. 2 Pf., das Effekten-Konto wies einen Bestand von 101,730 M. nach. An Passiv-Kapitalien verblieben 113,243 M. 53 Pf., an Spareinlagen 226,071 M. 31 Pf. Die Gesamtsumme erreichte den Betrag von 814,506 M. 62 Pf., die Ausgabe 806,104 M. 7 Pf., so daß ein Kassenbestand von 8402 M. 55 Pf. verblieb und ein Kassensumme von 1,620,610 M. 69 Pf. erzielt worden ist. Der Reservefond beträgt 6382 M. 50 Pf. und hat nach der statutenmäßigen Höhe von 10 Prozent des Mitglieder Guthabens bereits überschritten. Nach Ertheilung der Decharge an den Vorstand, beschloß die Versammlung, den sich auf 6096 M. 72 Pf. belaufenden Reingewinn in folgender Weise zu vertheilen: eine Dividende von 10 Prozent im Betrage von 5468 M. 60 Pf., Betrag zu den Kosten des allgemeinen Verbandes 48 M., desgleichen für den Provinzial-Verband 24 M., eine Remuneration für den Aufsichtsrath von 400 M., eine eben solche für den Vereinsboten von 18 M., eine Unterstützung für die durch die Kogal-Heberfchwemmung Geschädigten von 30 M. und den Rest von 108 M. 12 Pf. dem Reservefond. Die hierauf bewirkte Wahl dreier Mitglieder des Aufsichtsrathes an Stelle der auscheidenden Herren G. Mäse, Meier Wiodowski und J. Kachsch hatte die Wiederwahl der Genannten zur Folge.

Jarotschin, 22. Februar. [Ultramontane Anmahnung.] Der frühere Propst und Dekan Rezniewski, welcher bekanntlich gegen das Verbot des Handels wegen seines Amtes entsetzt worden ist, hat seinen früheren Seelsorgebezirk in der neuesten Zeit ein Schreiben zugehen lassen, worin er sie auffordert, ihm als dem rechtmäßigen Priester treu zu bleiben.

Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 23. Februar. In der heutigen Verhandlung gegen die Gräfin von Berliner Spritfabrik wurde der Urtheilspruch des ersten Instanz, das gegen jeden der vier Angeklagten Kommerzienrath Brede, Direktor Gravenstein, Banquier Abel und Konsul Schiff auf je sechs Monate Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe bzw. weitere Zusatzstrafe ausgesprochen hatte, bestätigt. Den ausführlichen Bericht über den zweiten Verhandlungstag lassen wir später folgen.

Staats- und Volkswirtschaft.

Wien, 22. Februar. Der provisorische Rechnungsabluß der Lemberg-Gernowitzer Bahn pro 1876 ergiebt dem Vorjahre gegenüber auf den österreichischen Linien eine Mehreinnahme von 59,729 fl. und eine Verringerung der Ausgaben von 323,246 fl., auf den rumänischen Linien eine Mindereinnahme von 474,300 fl., eine Verringerung der Ausgaben von 498,535 fl. — Nach einer Mittheilung der „Presse“ hat die Südbahn gegen die vom Handelsgerichte verhängte Befristung eines Kurators für die Befitzer von 3 Prozentigen Obligationen Refurs eingelegt.

Wien, 23. Februar. Die Einnahmen der Lombardischen Eisenbahn (österreich. Net.) betrugen in der Woche vom 12. bis zum 18. Februar 562,287 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehreinnahme von 131,231 fl.

Wien, 23. Februar. Die Einnahmen der Karl-Ludwigsbahn betrugen in der Zeit vom 11. bis zum 20. Febr. 340,647 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres eine Mehreinnahme von 115,776 fl.

London, Donnerstag 22. Februar. Abends. Bankausweis. Totalreserve 14,581,064 Zunahme 684,240 Pfd. Sterl. Notenumlauf 27,177,240 Abnahme 364,195 „ Barvorrath 26,758,304 Zunahme 320,045 „ Portefeuille 17,576,949 Abnahme 241,174 „ Guth. der Priv. 23,152,710 Zunahme 262,242 „ do. des Staats 6,857,731 Zunahme 225,122 „ Notenereserve 13,647,015 Zunahme 597,905 „

Reserve 16,026,176 Zunahme 24,735 Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven: 48 1/2 pCt. Clearinghouse-Umsatz 90 Mill., gegen die entsprechende Woche des Vorjahres Zunahme 3 Mill.

Liverpool, 23. Februar. [Baumwollen-Wochenbericht.]

	Gegenwärtige Woche.	Vorige Woche.
Wochenumsatz	42,000	62,000
beschl. von amerikanischer	26,000	43,000
beschl. für Spekulation	2,000	8,000
beschl. für Export	5,000	3,000
beschl. für wirklichen Konsum	35,000	51,000
beschl. unmittelbar ex Schiff	10,000	11,000
Import der Woche	4,000	5,000
davon amerikanische	52,000*)	83,000
Schwimmende nach Großbritannien	849,000	846,000
davon amerikanische	555,000	550,000
	477,000	—
	395,000	—

*) davon 38,000 B. amerikanische.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius W. in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Glauchau, 23. Febr. Das Resultat der im 17. sächsischen Wahlkreise stattgehabten antwerthen Reichstagswahl steht noch nicht vollständig fest, aus 6 Dörfern ist das Wahlergebnis noch gar nicht bekannt; bis jetzt hat indeß Brahe (Sozialdemokrat) 10,453, Birnbaum (national-liberal) nur 8784 Stimmen erhalten.

Wien, 22. Februar. Der heutigen Versammlung der Verfassungspartei wohnten die Minister v. Auersperg, Lasser und v. Presburg, sowie ca. 187 Mitglieder der Partei bei. Der Ministerpräsident

v. Auersperg setzte in Beantwortung einzelner Anfragen der Abgeordneten den Gang der jüngsten Verhandlungen wegen des Ausgleichs und das Wesen der getroffenen Bestimmungen auseinander, indem er betonte, daß, wenn die Regierung nicht die Zustimmung der Partei zu der Vereinbarung über die Zusammensetzung des Generalrathes erlange, sie die Verhandlungen wegen des Ausgleichs nicht abschließen, überhaupt die Geschäfte nicht fortführen könne. Der Finanzminister erklärte, die Bestimmung über die Ernennung der Vizegouverneure enthalte keine so essentielle Aenderung gegenüber dem bisherigen Zustande. Der Ministerpräsident v. Auersperg erklärte, daß der Generalsekretär der Nationalbank die Ernennung der Vizegouverneure zwar für bedenklich erklärt habe, jedoch die Versicherung gegeben habe, daß die Bank dasjenige annehmen werde, was die beiderseitigen Regierungen in dieser Hinsicht vereinbaren würden, da diese Frage eine politische sei. Die Versammlung beschloß, daß die Klubs Abends vereinbaren sollten, ob die nächste Versammlung morgen oder am Sonnabend stattfinden solle.

Rom, 23. Februar. Die Präliminarbestimmungen zur Regelung künftiger Konklaves sind nunmehr sämtlich festgestellt und dem Papste heute vorgelegt worden. Durch dieselben wird das Wesen der Konklaves nicht berührt, sondern nur die Zeremonie vor dem Zusammentritt der Kardinäle abgeändert.

Odesa, 23. Febr. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist die Einfahrt in den Hafen von Balaklava ohne vorherige Anzeige den Schiffen untersagt worden. — An der Küste zwischen Sukum-Kaleh und Fort Nikolai sind Torpedos gelegt worden. Russische Boote sind angewiesen worden, das Fahrwasser zu zeigen.

London, 22. Februar. Oberhaus. In Beantwortung einer Anfrage Lord Rosebery's erklärte der Premier Lord Beaconsfield, er hoffe demnächst eine Vermehrung der Konsulate in der Türkei in Vorschlag bringen zu können. Lord Derby kam auf die Anfrage des Herzogs von Argyll in der Dienstagsitzung in Betreff der am 24. Dezember v. J. vom Großvezir an ihn gerichteten Dankdepesche zurück und erklärte, diese Depesche sei die Antwort der Pforte auf seine Glückwünsche zur Ernennung Midhat Pascha's zum Großvezir gewesen.

Southampton, 23. Februar. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Rhein“ ist hier eingetroffen.

Washington, 23. Februar. Die mündlichen Ausführungen der Anwälte der Parteien vor der Fünfzehner-Kommission sind zu Ende geführt, die Kommission wird in Bezug auf die Wahlstimmen von Oregon noch heute ihr Urtheil abgeben. — In Sachen der Ausföndung einer neuen Nordpolerpedition und der Gründung einer Kolonie, von wo aus die Nordpolforscher ihre Fahrten antreten können, hat die mit der Angelegenheit beauftragte Kommission des Repräsentantenhauses einen dem Unternehmen günstigen Bericht erstattet.

Berlin, 24. Februar. Das Abgeordnetenhaus nahm in der gestrigen Abend Sitzung den Antrag Krah, die Regierung zur Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Gewährung einer Staatsbeihilfe zu Strom- und Uferschutzanlagen am Elbe in der Wüstermarsch aufzufordern, an. Bei der fortgesetzten Verathung des Kultusrats wurde der Antrag Birchow, betreffend die Vorlegung einer Denkschrift über die rechtliche Stellung des hannoverschen Klosterfonds genehmigt. Beim Kapitel „Gymnasien und Realschulen“ brachte Abg. Kantat vielfache Beschwerden über Germanisirungsbestrebungen beim Unterricht in Posen vor. Der Regierungskommissar widerlegte dieselbe. Um 11 Uhr trat Vertagung auf heute ein.

Verailles, 23. Februar. In der Deputirten-Kammer verlangte das Ministerium die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung Casfagnac's wegen mehrerer gegen die Republik gerichteter Artikel. Der Antrag geht an das Bureau. Laisant (von der Linken) stellt den Antrag auf Herabsetzung der Militärdienstzeit auf drei Jahre. Der Konseilspräsident bekämpft den Antrag, beschließt aber trotzdem die Inbetrachtnahme.

London, 23. Februar. Im Oberhaus kündigt Lord Stratheden für Montag eine Resolution an, in welcher die Annahme solcher Maßnahmen beantragt wird, welche geeignet sind, alle Feindseligkeiten in Europa zu verhindern. Die Aufrechterhaltung der Verträge von 1856, so, wie solche 1871 erneuert sind, würden die sichere Wohlfahrt der der Pforte unterworfenen Völkern fördern.

Bukarest, 23. Februar. Viele Türken, unterstützt von Soldaten, erschienen gestern auf der Insel Gourmai und plünderten daselbst. Ein denselben entgegengesetztes rumänisches Detachement von Grenzwächtern nahm 13 auf frischer That Ertrappte, worunter ein Soldat, gefangen, und tödtete zwei, worunter ein Beamter aus Kustschuk, welcher die Plünderung leitete.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 23. Februar. Matt, wenig belebt. [Schlußcourse.] Vondener Wechsel 204.60. Pariser Wechsel 81.45. Wiener Wechsel 164.30. Böhmische Westbahn —. Elisabethbahn 108 1/2. Galizier 171 1/2. Franzosen*) 195. Lombarden*) 63 1/2. Nordwestbahn —. Silberrente 55 1/2. Papierrente 51 1/2. Russische Bodencredit 81 1/2. Russen 1872 82 1/2. Amerikaner 1885 101 1/2. 1860er Loose 98. 1864er Loose 255.60. Kreditaktien*) 122. Decker. Nationalbank 683.00. Darmst. Bank 99 1/2. Berliner Bank 90 1/2. Frankf. Wechselbank —. Oester. deutsche Bank —. Meiningen Bank 73. Hess. Ludwigsbahn 14 1/2. Döbersee —. Ung. Staatsloose 135.50. Ung. Schatzanw. alt 82 1/2. do. do. neue 79 1/2. do. Oest.-Ost. 11.50. Centr.-Pacifc 99 1/2. Reichsbank 156 1/2. Goldrente 60 1/2. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 122 1/2, Franzosen 194 1/2, 1860er Loose 97 1/2, Galizier —, Reichsbank —, Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Aberk. Effekten-Societät. Kreditaktien 122 1/2, Franzosen 194, 1860er Loose —, Silberrente —, Papierrente —, Goldrente 60 1/2, Galizier 172 1/2, Reichsbank —, Nationalbank —, Ungarische Staatsloose —, Cill.

Wien, 23. Februar. Offizielle Notierungen: 1860er Loose 199.25, 1864er Loose 135.20, Kreditloose 161.60, 1854er Loose 105.75, London 124.50, Paris 49.40, Hamburg 30.60, Franzosen 236.50, Nordwestbahn 113.50.

Wien, 23. Februar. Abendbörse. Kreditaktien 149.50, Franzosen 237.50, Lombarden 77.75, Galizier 210.00, Anglo-Austr. 71.00, Silberrente —, Papierrente 62.65, Goldrente 74.00, Marknoten 60.90, Nationalbank —, Napoleons 9.91. Fest.

Paris, 23. Februar. Rubig, geschäftlos. [Schlußkurse.] 3pCt. Rente 72.82 1/2, Anleihe de 1872 106.10, Italienische 5proz. Rente 71.50, do. Tabakaktien —, do. Tabakobligationen —, Franzosen 480.00, Lombard. Eisenbahn-Akt.

162.50, do. Prioritäten 231.00, Türken de 1865 11.97 1/2. do. de 1869 64.00, Türkenloose 35.25.

Credit mobilier 155, Spanier extor. 11 1/2, do. inter. 10 1/4, Suezkanal-Aktien 682, Banque ottomane 375, Societe generale 510, Credit foncier 585, neue Egypter 178. Wechsel auf London 25.13 1/2.

London, 23. Februar. Konfols 95 1/2. Italien. 5proz. Rente 71 1/2, Lombarden 6 1/2. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte 9 1/2. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue 9 1/2. 5proz. Russen de 1871 83 1/2. do. 1872 82 1/2. do. 1873 82 1/2. Silber 56 1/2. Türkl. Anleihe de 1865 11 1/2. 5proz. Türken de 1869 —. 5proz. Vereinigt. St. pr. 1885 106. do. 5proz. fund. 107 1/2. Decker. Silberrente —. Decker. Papierrente —. 6proz. ungar. Schatzbonds 82. 6proz. ungar. Schatzbonds II Emitt. 77 1/2. 6proz. Bernaner 18 1/2. Cronier 11 1/2. Plazdisfont — pCt. Wechselnotierungen: Berlin 20.60, Hamburg 3 Monat 20.60, Frankfurt a. M. 20.60, Wien 12.65, Paris 25.30, Petersburg 29. Aus der Bank flossen heute 70,000 Pfd. Sterling.

Newyork, 21. Februar. (Schlußkurse.) Höchste Notierung des Goldagio 5 1/2, niedrigste 4 1/2. Wechsel auf London in Gold 4 D. 83 1/2. C. Goldagio 4 1/2. 1/20 Bonds per 1885 108. do. 5proz. fund. 109 1/2. 1/20 Bonds per 1887 111 1/2. Erie-Bahn 7 1/2. Central-Pacific 106 1/2. Newyork Centralbahn 97 1/2.

Newyork, 22. Februar. Wegen der Feier des Geburtstages Washington's heute keine Börse.

Produkten-Course.

Danzig, 23. Februar. Getreide-Börse. Wetter: trübe. Wind: N.

Weizen loco ist auch am heutigen Markte willig gekauft worden, und sind bei schwacher Zufuhr 250 Tonnen zu sehr festen und um etwa 2 M. per Tonne höheren Preisen gegen Dienstag gekauft worden. Beibehalten wurde für Sommer- 132, 133, 134 Pfd. 217 M., blaupigig 126 Pfd. 182 M., alsig 126 Pfd. 217, 218 M., 127/8 Pfd. 219, 220 M., hellbunt 125/6 220 M., 126 Pfd. 222 M., 130 Pfd. 223 M., hochbunt alsig 130, 130 1 Pfd. 224, 225, 226 M., weiß 127/8, 131/2 Pfd. 224, 225 M., extra fein 131 Pfd. 227 M. per Tonne. Termine sehr fest, April-Mai 218 M. bez., — M. Br., Mai-Juni 220 M. bez., Juni-Juli 222 M. Br., 221 M. Gd. Regulirungspreis 216 M.

Roggen loco matter, inländischer nicht gehandelt, russischer 117 Pfd. 151 M., 119 Pfd. 155 M., 119/20 Pfd. 156 1/2 M. per Tonne bezahlt. Termine ohne Umsatz, russischer März-April 157 M. Br., unterpolnischer April-Mai 164 M. Br., — M. Gd., Mai-Juni 165 M. Br. Regulirungspreis 161 M. Erbsen loco nicht gehandelt. Termine Futter-, April-Mai 136 M. Br., Mai-Juni 138 M. Br., 136 M. Gd. — Gerste loco kleine 108 Pfd. nach Qualität zu 135 und 142 M. per Tonne gekauft. — Weizen loco wurden zu 143 M. per Tonne gekauft. — Spiritus loco ist mit 52,25 M. gehandelt.

Röln, 23. Febr. Getreidemarkt. Weizen steigend, hiesiger loco 25, 50, fremder loco 22, 25, pr. März 22, 40, pr. Mai 23, 10. Roggen, hiesiger loco 18, 50, pr. März 16, 20, pr. Mai 16, 60. Hafer loco 17, 00, pr. März 16, 30, pr. Mai 16, 65. Rüböl, loco 38, 00, pr. Mai 36, 40, pr. Oktober 34, 50.

Hamburg, 23. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco und auf Termine fest. — Roggen loco flau, auf Termine fest. Weizen pr. April-Mai 221 1/2 Br., 220 1/2 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 223 Br., 223 Gd. Roggen pr. April-Mai 161 Br., 160 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 161 1/2 Br., 160 1/2 Gd. Hafer rubig, Gerste matt. Rüböl flau, loco 73 1/2, pr. Mai pr. 200 Pfd. 72. Spiritus rubig, pr. Februar 46, pr. März-April 45 pr. Mai-Juni 44 1/2, pr. Juli-August pr. 1000 Liter 100 pCt. 45. Kaffee rubig, Umsatz 1500 Sack. — Petroleum rubig, Standard white loco 15, 00 Br., 14, 75 Gd., pr. Februar 14, 75 Gd., pr. August-Dezember 15, 75 Gd. — Wetter: feucht.

Bremen, 23. Februar. Petroleum rubig. (Schlußbericht.) Standard white loco 14, 25, pr. Februar 14, 75, März 14, 00, pr. April 14, 00.

Paris, 23. Februar. Rohzucker fest, Nr. 10/13 pr. Februar pr. 100 Kilogr. 71, 50, Nr. 7/9 pr. Februar pr. 100 Kilogr. 76, 75, Weißer Zucker fest, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Februar 82, 00, pr. März 81, 50, pr. April 81, 50, pr. Mai-August 82, 00.

Paris, 23. Febr. Produktenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. Februar 28, 00, pr. März 28, 50, pr. April 28, 50, pr. Mai-Juni 29, 50. Mehl beibeh., pr. Februar 61, 25, pr. März 62, 00, pr. April 62, 00, pr. Mai-Juni 63, 75. Rüböl rubig, pr. Februar 93, 75, pr. April 94, 50, pr. Mai-August 93, 50, pr. September-Dezember 91, 50. Spiritus fest, pr. Februar 62, 00, pr. Mai-August 64, 00 — Wetter: schön.

London, 23. Februar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 7490, Gerste 7620, Hafer 22,220 Dtr.

Sämmtliche Getreidearten fest, aber ruhig. Hafer und Mais theurer. — Wetter: schön.

London, 23. Februar. An der Küste angeboten 18 Weizenladungen. Tendenz: fest.

London, 23. Februar. Habannazucker rubig.

Liverpool, 23. Februar. Baumwollse: (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. — Reichlicher Vorrath. Futures 1/2 d. billiger.

Middl. Upland 6 1/8, middl. Orleans 6 1/8, middl. fair Orleans 7 1/2, fair Orleans 7 1/2, middl. Mobile 6 1/8, fair Perverm 6 1/2, fair Bahia 6 1/2, fair Maceio 6 1/2, fair Maranhao 6 1/2, fair Rio 6 1/2, middl. Egyptian 5 1/2, fair Egyptian 6 1/2, good fair Egyptian 6 1/2, fair Smyrna 6, fair Dhollerab 5 1/2, fully good fair Dhollerab 5 1/2, middl. fair Dhollerab 5 1/2, middl. Dhollerab 5 1/2, good middl. fair Dhollerab 5 1/2, fair Domra 5 1/2, good fair Domra 5 1/2, fair Scinde 5 1/2, fair Madras 5 1/2, fair Bengal 4 1/2, good fair Bengal 5 1/2, fair Tinnebelly 5 1/2, fair Broach 5 1/2.

Manchester, 23. Februar. 12r Water Armitage 8 1/2, 12r Water Taylor 9, 20r Water Micholls 10 1/2, 30r Water Bidlow 10 1/2, 30r Water Clayton 11, 40r Water Mayall 11 1/2, 40r Medio Wiltinson 13, 36r Warpcops Qualität Rowland 11 1/2, 40r Double Weston 12 1/2, 60r Double Weston 15 1/2, Printers 10 1/2, 11 1/2, 8 1/2 pfd. 111. Markt rubig. Preise fest.

Bradford, 22. Februar. In Wolle und Wollenwaaren bessere Frage bei festeren Preisen.

Glasgow, 23. Februar. Rohseisen. Mixed numbers mar-rants 55 Sch. 7 1/2 d.

Amsterdam, 23. Februar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen loco geschäftlos, auf Termine höher, pr. März 307, — Roggen loco unverändert, auf Termine fester, pr. März 189, pr. Mai 196, pr. Oktober 198. Raps per Frühjahr 416, pr. Herbst 403 fl. Rüböl loco 40 1/2, pr. Mai 40 1/2, pr. Herbst 38 1/2. — Wetter: —.

Antwerpen, 23. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer stetig. Gerste behauptet.

Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 36 bez. und Br., pr. Februar 35 1/2 bez., 36 Br., pr. März 34 1/2 bez., 35 Br., pr. April 34 1/2 bez., 35 Br., pr. September 37 bez., 37 1/2 Br. Fest.

Newyork, 21. Februar. Waarenbericht. Baumwollse in Newyork 12 1/2, do. in New-Orleans 12. Petroleum in Newyork 21 1/2, do. in Philadelphia 21 1/2. Mehl 6 D. 10 C. Rother Früh-jahresweizen 1 D. 51 C. Mais (old mixed) 60 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 9 1/2. Kaffee (Rio) 19 1/2. Schmalz (Marke Wilcox) 10 1/2. C. Sved (short clear) 8 1/2 C. Getreidefracht 15.

Newyork, 22. Februar. Wegen der Feier des Geburtstages Washington's heute keine Börse.

Produkten-Börse.

Berlin, 23. Februar. Wind: NW. Barometer: 27,8. — Thermometer 2° R. Witterung: Schneeweiter.

Weizen loco per 1000 Kilogr. Nr. 195-235 nach Qual. gef., per diesen Monat —, per April-Mai 226,5-227,00 bez., per Mai-Juni do., per Juni-Juli do. — Roggen loco per 1000 Kilogr. 153-184 nach Qualität gef., russischer 162 bis 163 ab Boden bez., neuer do. 155-163, do. poln. —, inländischer 175-183 bis ab Boden bez., def. n. russischer — bez., per diesen Monat 162,00 bez., per Februar-März do., per April-Mai 163,5-163,00 bez., per Mai-Juni 161,00 bez., per Juni-Juli 160,00 bez. — Gerste loco per 1000 Kilogramm Nr. 120-183 nach Qualität gef. — Hafer loco per 1000 Kilogr. 120-168 nach Qual. gef., oft- und westpreuß. 135-153, russischer 125-150, neuer pommerischer 160 bis 162, neuer schlef. 153-162, galiz. —, böhm. 157-162, ungar. — ab Boden bezahlt, defetter —, per diesen Monat — bez., per April-Mai 154,5 bez., per Mai-Juni 155,00 bez., per Juni-Juli 156,00 bez., per Juli-August — bez. — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 150-186 nach Qualität, Futterwaare 135-147 nach Qual. — Raps per 1000 Kilogr. — Rübsen —, Leinöl loco per 100 Kilo 100 Kilo ohne Faß 60,00 M. — Rübsöl per 100 Kilogr. loco ohne Faß 71,00 bez., mit Faß —, per diesen Monat 71,00 bezahlt, per Februar-März do., per März-April —, per April-Mai 70,8-70,5-71,00 bez., per Mai-Juni 70,00-69,9-70,00 bez., per Juni-Juli — bez., per Sept.-Okt. 68,00 bez., per Oktober-November — bez. — Petroleum (russ.) (Stand. white) per 100 Kilogr. mit Faß loco 35,00 bez., per diesen Monat 32,00-31,8 bez., per Februar-März 29,00 bez., per März-April do., per April-Mai —. — Spiritus per 100 Liter a 100 pSt. = 10,000 pSt. loco ohne Faß 54,6 bez., loco mit Faß —, per diesen Monat 55,6 nom., per Februar-März do., per März-April — per April-Mai 55,6 nominell, per Mai-Juni 57,1-57,00 bez., per

Juni-Juli 58,1-58,00 bez., per Juli-August 59,1-59,00 bez., per August-September 59,6-59,5 bez. — Mais per 1000 Kilo loco neuer 126-133 gef., alter 133-138 nach Qual. gef., neuer ungarischer —, neuer Mold. 127-128 ab Boden bez., alter do. —. — Roggenmehl Nr. 0. und 1. per 100 Kilogramm Brutto inkl. Sad per diesen Monat 23,35 bez., per Februar-März 23,10-23,15 bez., per März-April 23,00-22,95 bez., per April-Mai do., per Mai-Juni 23,05-23,00 bez., per Juni-Juli — bez. — Mehl Nr. 0. 29,00 bis 27,00, Nr. 0. und 1. 27,00 — 26,50, Roggenmehl Nr. 0. 26,00-24,00, Nr. 0. und 1. 23,50-22,50 per 100 Kilo Brutto inkl. Sad.

Stettin, 23. Februar. An der Börse. (Amtlicher Bericht. Wetter: Trübe. + 3 Grad R. Barom. 28,1. Wind: NW.) Weizen unverändert, per 1000 Kilo loco gelber 175-208 M., feiner 210-218 M., per Frühjahr 222-222,5 M. bez., per Mai-Juni 225 M. bez., per Juni-Juli 227 M. bez., per Juli-August 229 M. bez. — Roggen behauptet, per 1000 Kilo loco inländischer 180-184 M., russischer alter 155-158 M., neuer 158-163 M., per Frühjahr 157,5 M. bez., per Mai-Juni 156,5 M. bez., per Juni-Juli do. — Gerste unverändert, per 1000 Kilo loco 130-158 M., per Frühjahr 154 M. nom. — Erbsen stille, per 1000 Kilo loco Futter- 142-148 M., Koch- 150-154 M., per Frühjahr 147 M. Br. — Wintererbsen behauptet, per 1000 Kilo per April-Mai 349 M. Br., Septbr.-Oktober 301 M. bez. — Rübsöl niedriger, per 100 Kilo loco ohne Faß 71,5 M. Br., per Februar-März 69,5 M. Br., per April-Mai 70-69,5 M. bez. u. Br., per September-Oktober 66 M. Br. — Spiritus behauptet, per 10,000 Liter Broj. loco ohne Faß 54,1 M. h., per Februar 54,6 M. bez., per Frühjahr 55,6-55,4 M. bez., Br. u. Gd., per Mai-Juni 56,4 M. bez., per Juni-Juli 57,3 M. bez., per Juli-August 58 M. Br., per Aug.-Sept. 58,6 M. bez., per Sept.-Okt. 58 M. bez. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreis für Kündigungen: Rübsöl 69,5 M., Spiritus 54,5 M. — Petroleum be-

hauptet, loco 15,5-15,25-15,75-15,5 M. bez., Regulirungspreis 15,5 M., per Febr. 15 M. bez. u. Br. (Hf.-Btg.)

Breslau, 23. Februar. (Amtlicher Produktenbörse-Bericht.) Kleesaat rothe fest, ord. 45-52, mittel 55-63, fein 66 bis 73, hochf. 76-79. — Kleesaat weisse flau, ord. 40-50, mittel 55-60, fein 64-68, hochf. 72-80. — Roggen (per 2000 Pfd.) geschäftl. Gef. — Ctr. — Abgel. Kündigungen. — per Februar u. per Febr.-März 152 Br., per März-April —, per April-Mai 156,50 Br. u. Gd., Mai-Juni 159,50 Br. u. Gd., Juni-Juli —. Weizen 197 Br., per April-Mai 209 Br., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —. Gefinbirt — Ctr. — Hafer 133 Br., per April-Mai 138 Br. per Mai-Juni 142 bez. Gefinbirt — Centner. — Raps 330 Br., Gefinbirt — Ctr. — Rübsöl still. Gefinbirt — Ctr. Loco 71,00 Br., Febr. u. Febr.-März 70,00 Br., März-April —, per April-Mai 69,50 Br., 69 Gd., Mai-Juni 70 Br., Sept.-Okt. 65,50 Br. — Spiritus fester. Gef. — Liter, loco 52,40 Br., 51,40 Gd., Febr. 53,90 h., Febr.-März 53,50 bez. u. Gd., März-April —, April-Mai 54,50 Gd., Mai-Juni 55,50 Br., Juni-Juli 56,10-56 bez., Br. u. Gd., Juli-August 57 Br. Zink: Ohne Umfatz. (B. u. S. H.) Die Börse-Kommission.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 260 über der Dfl.	Therm.	Wind.	Wolkensform.
23. Febr.	Nachm. 2	27° 6" 40	+ 0° 8	NW	-2 wolfig Cu-st.
23. "	Abnds. 10	27° 6" 47	+ 0° 6	NW	-2 trübe St.
24. "	Morgs. 6	27° 6" 22	+ 0° 2	W	-1 bedeckt St.

Wasserstand der Warthe.
Posen, am 22. Februar Mittags 2,72 Meter.
23. " 2,82

Berlin, 23. Februar. Die gestrige Abschwächung des hiesigen Verkehrs hatte auch auf die auswärtigen Plätze gewirkt; dieselben fanden mattere Meldungen und veranlaßten hier weitere Fortschritte der rückläufigen Bewegung. Doch fehlte dem Geschäft im Uebrigen fast jede Bewegung und abgesehen von der Ultimo-Regulirung, welche die Börsenbesucher in hohem Grade in Anspruch nahm, stockte der Verkehr fast ganz. Allerdings glaubte man für die matte Haltung auch politische Besorgnisse geltend machen zu müssen. „F. S. T. B.“ meldete, daß die Russen in der nächsten Woche den Bruch überschreiten würden; doch standen die Kursrückgänge mit der über die politische Lage herrschenden ungünstigen Ansicht in keinem rechten Verhältnis. Auch trat reich eine kleine Erholung ein, welche zeigte,

daß nur die Stellung der Parteien für die Bewegung maßgebend war. Die Hausiers stießen auf Schwierigkeiten bei der Realisation und die Baissiers finden die Notierungen zu Abgaben auf März einladend. Im Einzelnen waren heute Franzosen am meisten gedrückt; auch Kreditaktien lüfteten einige Mark ein und Galizier erschienen matt. Laurahütte litt unter Verkäufen. Fremde Renten fanden im Allgemeinen wenig Beachtung, lagen aber gleichfalls schwach, namentlich russische Anleihen angeboten. Der Eisenbahn-Aktien-Markt war zwar recht still, aber verhältnismäßig fest, da man die unerwartet hohe Dividende der Stettiner Bahn bis 8,9 Prozent auf Erparungen zurückführte und ähnliche Ergebnisse auch bei anderen Aktien voraussetzte. Galizier matt. Banken und Industripapiere

geschäftlos; Bergwerke angeboten. Anlagewerthe ruhig und ziemlich gut behauptet. Auswärtige Prioritäten matt. Wechsel still. Der Verkehr blieb in Nebenwerthen schleppend. Per Ultimo notiren wir: Franzosen 388,50-390-388-9, Lombarden 127, Kreditaktien 245-244-244,50, Laurahütte 67,40-66,90, Diskontokommandit-Antheile 107,75-107,25, Aplerbecker, Arenberger, Bochumer und Greppiner Werke verloren je 1, Hibernia 1,25, Marienhütte gewinnlos, Spinn u. Focke 1, Stettiner 2,25 Schluß verhältnismäßig fest. — Kreisobligationen: 5proz. 102 bez., 4½proz. 99,80 bez., 4proz. 93,40 bez.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 23. Februar 1877.

Preussische Fonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe	104,10 bz	Pr. 3.5. Rente	100,70 bz
do. neue 1876	95,25 bz	Pr. 4.5. Rente	100,25 bz
do. 1876	95,75 bz	Pr. 5.5. Rente	100,10 bz
Staats-Schuld.	92,25 bz	Pr. 6.5. Rente	100,50 bz
Russ. u. Am. Sch.	92 G	Pr. 7.5. Rente	100,25 bz
Do. Delich-Dbl.	92 G	Pr. 8.5. Rente	100,00 bz
Merl. Stadt-Dbl.	102,30 bz	Pr. 9.5. Rente	99,25 bz
do. do.	93 bz	Pr. 10.5. Rente	101,00 bz
Glück. Stadt-Anl.	101,20 bz	Pr. 11.5. Rente	101,25 bz
Schles. Provinz. do.	101,20 bz	Pr. 12.5. Rente	101,00 bz
Schles. d. B. Rfm.	101,00 bz	Pr. 13.5. Rente	101,25 bz
Frankfurter	101,80 bz	Pr. 14.5. Rente	101,00 bz
do. do.	106,90 bz	Pr. 15.5. Rente	100,25 bz
Landf. Central	95,60 bz	Pr. 16.5. Rente	100,20 bz
do. u. Neumark.	85,00 bz	Pr. 17.5. Rente	100,20 bz
do. do. neue	84,70 bz	Pr. 18.5. Rente	100,20 bz
do. do.	94,75 bz	Pr. 19.5. Rente	100,20 bz
do. do. neue	102,75 bz	Pr. 20.5. Rente	100,20 bz
M. Brandb. Cred.	84,25 bz	Pr. 21.5. Rente	100,20 bz
Preussische	95,50 bz	Pr. 22.5. Rente	100,20 bz
do. do.	101,70 bz	Pr. 23.5. Rente	100,20 bz
do. do.	83,25 bz	Pr. 24.5. Rente	100,20 bz
do. do.	94,90 bz	Pr. 25.5. Rente	100,20 bz
do. do.	101,70 bz	Pr. 26.5. Rente	100,20 bz
do. do.	94,40 bz	Pr. 27.5. Rente	100,20 bz
Preuss. neue	84,90 bz	Pr. 28.5. Rente	100,20 bz
Sächsische	84,90 bz	Pr. 29.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 30.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 31.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 32.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 33.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 34.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 35.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 36.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 37.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 38.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 39.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 40.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 41.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 42.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 43.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 44.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 45.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 46.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 47.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 48.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 49.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 50.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 51.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 52.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 53.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 54.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 55.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 56.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 57.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 58.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 59.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 60.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 61.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 62.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 63.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 64.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 65.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 66.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 67.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 68.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 69.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 70.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 71.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 72.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 73.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 74.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 75.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 76.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 77.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 78.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 79.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 80.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 81.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 82.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 83.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 84.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 85.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 86.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 87.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 88.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 89.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 90.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 91.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 92.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 93.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 94.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 95.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 96.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 97.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 98.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 99.5. Rente	100,20 bz
do. do.	84,90 bz	Pr. 100.5. Rente	100,20 bz

Ausländische Fonds.

ds. untr. rüdzt. 110	5	103 b	⊗
do. do. 100	5	101,00 b ₃	⊗
Pr. C. & P. Pdb. 10.	4	100,50 b ₁	⊗
do. untr. rüdzt. 110	5	106,25 b ₃	
do. (1872 u. 74)	4	99 b ₃	
do. (1872 u. 73)	5	102,00 b ₃	
do. (1874)	5	102,00 b ₃	
Pr. Hyp.-A. B 120	4	99,25 b	⊗
do. do.	5	101,00 b ₃ ⊗	
Schlef. Bod.-Cred.	5	100,25 Ⓞ	
do. do.	4	94,00 Ⓞ	
Stett. Nat.-Hyp.	5	101,25 b	⊗
do. do.	4	98,25 b ₃	⊗
Krupp'sche Oblig.	5	104,25 b ₃	
Ausländische Fonds.			
Amerik. rdt. 1881	6	105,25 b ₃	
do. do. 1885	6	100,20 b ₃	⊗
do. Bds. (fund.)	5	103,20 Ⓞ	
Norweg. Anl.	4		
New-York. St.-A.	6	104,50 b ₃	⊗
do. Goldanl.	7	106,40 b ₃ ⊗	
Deft. Gold-Rente	7	60,50 b ₃	⊗
Deft. Pap.-Rente	4	51,10 b ₃	⊗
do. Silb.-Rente	4	55,60 b ₃	⊗
do. 250 fl. 1354	4	93,50 b ₃ ⊗	
do. Gr. 100 fl. 1853		298,00 b ₃ ⊗	
do. Extr.-A. v. 1860	5	98,00 Ⓞ	
do. do. v. 1864		260,00 b ₃ ⊗	
Ang. St.-Glb.-A.	5	67,50 b ₃	⊗
do. Loofe		137,10 b ₃ ⊗	
do. do. kleine	6	82,60 Ⓞ	
do. do. kleine	6	82,75 b ₃	⊗
do. do. kleine	5	89,25 b ₃	⊗
Italienische Rente	5	72,30 Ⓞ	
do. Tabat.-Obl.	6	103,20 b ₃	⊗
do. do. Aktien	6		
Rumänier	8	84,00 b ₃	
Finnische Loofe			
Ruff. Centr.-Bod.	5		
do. Engl.-A. 1822	5	81,10 b ₃	
do. do. A. v. 1862	5	81,90 b ₃	
Ruff.-Engl. Anl.	3	55,75 Ⓞ	
Ruff. fund.-A. 1870	5		
Ruff. conf.-A. 1871	5	82,30 b ₃	
do. do. 1872	5	82,30 Ⓞ	
do. do. 1873	5	82,20 b ₃	
do. Bod.-Creditt	5	80,00 b ₃	
do. Pr.-A. v. 1864	5	149,25 b ₃	
do. do. v. 1866	5	149,90 b ₃	
do. 5. A. Siegl.	5		
do. 6. do. do.	5	86,30 b ₃	
do. Pol.-Sch.-D.	4		
do. do. kleine	4	76,50 b ₃	⊗
Poin. Pdb. III. C.	5		
do. do.	4		
do. Liquidat.	4	63,20 b ₃	⊗
Eur. Anl. v. 1865	5	12,10 b ₃	⊗
do. do. v. 1869	6		
do. Loofe vollgez.	3	25,20 b ₃	⊗
*) Wechsel-Courfe.			